

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 74 (1994)
Heft: 12

Artikel: 1944 : ein Schicksalsjahr für Südosteuropa
Autor: Kraft, Ekkehard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165330>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1944 – EIN SCHICKSALSJAHR FÜR SÜDOSTEUROPA

1944 wurden durch den Vormarsch der Sowjetarmee in Südosteuropa die Weichen für die nachfolgende kommunistische Machtergreifung gestellt, die das politische und wirtschaftliche Schicksal dieser Region für fast ein halbes Jahrhundert bestimmte. Lediglich Griechenland ging aufgrund der starken englischen Interessen einen anderen Weg.

Von den sechs Ländern Südosteuropas waren zu Beginn des Jahres 1944 drei (Jugoslawien, Albanien, Griechenland) von Deutschland besetzt, während die drei übrigen (Bulgarien, Rumänien, Ungarn) zum Lager der Achsenmächte zählten. Unter diesen hatte sich Bulgarien als einziges aus Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion herauszuhalten verstanden und die diplomatischen Beziehungen mit Moskau aufrechterhalten; mit den Westalliierten befand es sich pro forma im Kriegszustand. Seit 1943 bemühten sich alle drei Länder über verschiedene Kanäle um Kontakte zu den Westalliierten und seit Anfang 1944 auch zur Sowjetunion, um einen Weg zum Ausstieg aus dem Krieg zu finden.

Rumänien und Bulgarien wechseln das Lager

Für Rumänien rückte 1944 mit der sowjetischen Frühjahrsoffensive und dem Beginn der anglo-amerikanischen Luftangriffe auf die Erdölfelder der Krieg immer näher. Die innere Opposition gegen das Regime Marschall *Antonescus* und dessen Vasallentreue zu Hitler nahm konkrete Formen an. Ermutigt durch die öffentliche Erklärung von Moskaus Außenminister *Molotow*, man werde sich bei einer militärischen Besetzung Rumäniens durch die Rote Armee nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen, wagten es die Führer der Nationalliberalen und der Bauernpartei, *Bratianu* und *Maniu*, sich Anfang Juni mit den Sozialdemokraten und Kommunisten zum Nationaldemokratischen Block zusammenzuschliessen. Um den jungen König *Michael* bildete sich eine weitere, vornehmlich aus Offizieren bestehende Oppositionsgruppe. Der Beginn der sowjetischen Offensive am 20. August beschleunigte die Pläne der seit Juni mit dem Ziel, An-

tonescu zu stürzen, zusammenarbeitenden Gruppen. Als der Marschall zwei Tage später von einem Besuch an der Front nach Bukarest zurückkehrte, bestellte ihn der König für den 23. August zu einer Unterredung in den Palast, wo er ihn mit der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand konfrontierte. Als Antonescu darauf beharrte, zuvor das Einverständnis Hitlers für das Ausscheiden Rumäniens aus dem Bündnis einzuholen, erklärte ihn der König für entlassen und liess ihn verhaften. Noch am selben Abend gab Michael in einer Rundfunkansprache die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten bekannt. General *Sanatescu*, der Chef der Militärkanzlei des Königs, bildete eine Regierung, in der die Vertreter des Nationaldemokratischen Blocks ohne Portefeuille vertreten waren; der einzige Kommunist *Patrascanu* übernahm mit dem Justizministerium ein Schlüsselressort.

Die in Bukarest und Umgebung stehenden deutschen Truppen wiesen das Angebot der Rumänen zum freien Abzug zurück und versuchten statt dessen, den Befehl Hitlers zur Niederschlagung des Umsturzes in die Tat umzusetzen; die Hauptstadt wurde aus der Luft bombardiert. Als die Spitzen der Roten Armee am 30. August in Bukarest eintrafen, war die rumänische Armee dort bereits Herr der Lage geworden. Am 13. September (das Datum wurde auf Molotows Geheiss später auf den 12. vordatiert) wurde in Moskau der Waffenstillstand unterzeichnet; unter sowjetischem Kommando musste Rumänien nun am Krieg gegen Deutschland teilnehmen.

Der Umsturz in Rumänien beschleunigte den Gang der Ereignisse im südlichen Nachbarland Bulgarien. Die dort seit Juni im Amt befindliche Regierung *Bagrjanow* bemühte sich verzweifelt, aus dem Lager der Kriegführenden in jenes der Neutralen zu

wechseln. Als Ende August deutsche Verbände von Rumänien über die Donau nach Bulgarien auswichen, wurden sie auf Geheiss der Regierung von bulgarischen Truppen entwaffnet. Man hoffte noch, die sowjetischen Truppen würden an der Donau haltmachen. Die Bemühungen der Regierung Bagrjanow wurden von dem am 2. September ins Amt gelangten Nachfolgekabinet *Murawiew* fortgesetzt. Dessen erste Amtshandlung am 2. September war, den Austritt aus dem Dreimächtepakt zu verkünden. Als dann am 5. September trotz allem die sowjetische Kriegserklärung an Sofia erfolgte, gab der Ministerpräsident die Anweisung, keinen Widerstand zu leisten, und erklärte drei Tage später dem Deutschen Reich den Krieg. Am Tage darauf wurde seine Regierung bereits durch einen Militärputsch unter Mitwirkung des Kriegsministers Marinow gestürzt. An die Spitze des neuen Kabinetts der oppositionellen «Vaterländischen Front» trat *Kimon Georgiew*, Angehöriger des Offizierbundes *Zweno*, der schon 1934/35 an der Spitze eines Militärregimes gestanden hatte; dem Kabinet gehörten neben Vertretern von *Zweno*, Sozialdemokraten und Linksagrariern auch vier Kommunisten an; das Innen- und Justizministerium wurde von ihnen übernommen.

Churchills «half-sheet of paper»

Bereits im Mai hatten sich *Churchill* und *Stalin*, ausgehend von einem Vorschlag des britischen Aussenministers *Eden*, über die Einteilung Südosteuropas in Operationszonen geeinigt, die *Churchill* aber nicht als Präjudizierung künftiger Interessensphären verstanden wissen wollte. *Roosevelt* hatte dem, wenngleich mit Bedenken, zugestimmt. Da dieses Arrangement zuerst nur für drei Monate gedacht war, versuchte der britische Premier im Oktober bei seinen Gesprächen mit *Stalin* in Moskau die Frage zu regeln. Wie er selbst berichtet, notierte er auf einem halben Blatt Papier das Einflussverhältnis zwischen der Sowjetunion und Grossbritannien in den einzelnen Ländern. Den sowjetischen Einfluss in Rumänien bezifferte er auf 90 Prozent, in Bulgarien auf 75 Prozent, während er für Griechenland der britischen Position 90 Prozent zubilligte und für Jugoslawien wie Ungarn 50:50 vorsah. *Churchill* gestand Moskau die gleichen besonderen Interessen für Rumänien zu wie dem eigenen Land als Mittelmeermacht im Falle Griechenlands. Bei Jugoslawien hob er die Verbindung Londons mit der jugoslawischen Exilregierung und dem Königshaus hervor, während er bei Ungarn der Meinung war, es müsse

als mitteleuropäisches und nicht als Balkanland betrachtet werden, weshalb auch hier ein Gleichgewicht zwischen westlichen und östlichen Interessen gewahrt werden sollte. Wie ein britisch-sowjetisches Kondominium in den beiden letztgenannten Ländern aber tatsächlich hätte praktiziert werden können, darüber scheint sich auch *Churchill* wenig Gedanken gemacht zu haben.

Starke Stellung der KP in Jugoslawien

Die Entwicklung war indessen bereits weitergegangen. In Jugoslawien hatten *Titos* Partisanen Anfang September die erste Verbindung mit den nach Westen vorstossenden sowjetischen Truppen hergestellt. *Tito* selbst besprach noch im selben Monat in Moskau mit *Stalin* das weitere Vorgehen, was in einem am 28. September publizierten Kommuniqué festgehalten wurde: Die Rote Armee sollte Jugoslawien nur vorübergehend betreten und die Zivilverwaltung ausschliesslich in den Händen der Partisanen liegen. Am 20. Oktober nahmen die sowjetischen Truppen Belgrad ein. In den folgenden Wintermonaten konsolidierte sich die Machtposition der KP immer mehr, auch wenn in den westlichen Teilen des Landes noch bis zum Kriegsende gekämpft wurde. Im Mai 1945 verliess die Rote Armee das Land wieder. Um eine kommunistische Ordnung zu errichten, was in den anderen Ländern Südosteuropas noch einige Jahre in Anspruch nahm, bedurfte *Tito* ihrer nicht. Ähnlich war

die Entwicklung im Nachbarland Albanien, wo die Kommunisten wie in Jugoslawien an der Spitze eines nationalen Befreiungskomitees standen, in dem auch Bürgerliche vertreten waren. Nach dem Rückzug der deutschen Besatzer riefen die Partisanen in der südalbanischen Stadt Berat am 20. Oktober 1944 ihr Befreiungskomitee zur «Demokratischen Regierung Albanien» aus. Das kleinste Balkanland war damit das erste, in dem die Kommunisten – ohne sowjetische, aber mit tatkräftiger Unterstützung der jugoslawischen Partisanenbewegung – die Macht an sich rissen.

Englische Interessen in Griechenland

Lediglich in Griechenland verlief die Entwicklung anders, obwohl auch hier die grösste Widerstandsbewegung, die EAM, von der KP des Landes dominiert war. Auseinandersetzungen zwischen ihrem militärischen Arm, der ELAS, und der antikommunistischen Widerstandsbewegung EDES waren kennzeichnend

**Churchill gestand
Moskau die gleichen
besonderen Interessen
für Rumänien zu wie
dem eigenen Land
als Mittelmeermacht
im Falle Griechenlands.**

für die Kriegsjahre gewesen. In der griechischen Exilarmee und unter den Exilpolitikern gab es Spannungen zwischen Monarchisten und Republikanern. Auf einer im Mai 1944 im Libanon durchgeführten Konferenz gelang es dem an die Spitze der Exilregierung getretenen Politiker *Georgios Papandreou*, die gegensätzlichen Lager zusammenzuführen. In einem Abkommen, das am 26. September in Caserta zwischen der Exilregierung, EAM, EDES und dem Alliierten Oberkommando für den Mittelmeerraum geschlossen wurde, unterstellten sich die Partisanen der Regierung, die das Oberkommando dem britischen General *Scobie* übertrug. Am 4. Oktober landeten die ersten britischen Truppen in Patras, am 13. zogen sie in Athen ein. Das Stillhalten der ELAS-Partisanen war wohl nicht zuletzt auf den Respekt vor den britischen Truppen sowie die Zurückhaltung Moskaus, das offensichtlich gewillt war, sich in diesem Fall an die Prozentregelung zu halten, zurückzuführen. Dennoch kam es bereits Anfang Dezember in Athen zu heftigen, mehrere Wochen anhaltenden Kämpfen zwischen den Briten und den ELAS-Partisanen, das Vorspiel zum Bürgerkrieg.

In Ungarn schliesslich, das im März 1944 von den Deutschen besetzt worden war, um ein Ausscheiden aus dem Lager der Achsenmächte zu verhindern, hatte Reichsverweser *Horthy* am 15. Oktober, nachdem insgeheim ein Waffenstillstand mit Moskau

unterzeichnet worden war, die Einstellung der Kampfhandlungen bekanntgegeben. Die deutschen Besatzer zwangen *Horthy* jedoch, eine Regierung unter Führung von *Ferenc Szalasi*, dem Führer der faschistischen Pfeilkreuzler, einzusetzen; so verwandelte sich das Land noch in den letzten Kriegsmonaten in ein blutiges Schlachtfeld. In den bereits sowjetisch besetzten Teilen des Landes begannen die aus dem Moskauer Exil eingetroffenen ungarischen Kommunisten mit den Vorbereitungen für die Bildung einer Volksfrontregierung nach dem Vorbild der anderen Länder. Wengleich nicht so rasch wie in Jugoslawien wurde auch in Ungarn das 50:50-Arrangement schliesslich ad absurdum geführt; beim Treffen der Grossen Drei in Jalta im Februar 1945 waren die zwischen Churchill und Stalin vereinbarten Prozente ohnedies gegenstandslos geworden. ♦

EKKEHARD KRAFT

EKKEHARD KRAFT, geboren 1959, studierte Osteuropäische Geschichte und Slavistik an den Universitäten Heidelberg und Münster. Nach Forschungsaufenthalt in Moskau 1991 Promotion zum Dr. phil. in Münster. Wissenschaftliche Veröffentlichungen und Rezensionen zur ost- und südosteuropäischen Geschichte, u. a. in den Zeitschriften «Südost-Forschungen», «Südosteuropa», «Kirche im Osten», «Balkan Studies». Seit 1991 Beiträge zu Themen aus Geschichte und Gegenwart Ost- und Südosteuropas in der «Neuen Zürcher Zeitung».

Mitteilung an unsere Abonnenten

Die Kostenentwicklung macht es leider unumgänglich, den Abonnementspreis der Schweizer Monatshefte nach 5 Jahren erstmals wieder zu erhöhen. Ebenso mussten wir die Portokosten für das Auslandsabonnement dem effektiven Aufwand anpassen. Das Jahresabonnement kostet ab Januar 1995 Fr. 84.–, Studentenabonnement Fr. 42.– (in der Schweiz zuzüglich 2% Mehrwertsteuer; im Ausland + Fr. 16.– Porto), Einzelnummer Fr. 9.– (inkl. Mehrwertsteuer).